

Bekleidungs- und Textilbranche: Entwicklungsausschuss fordert verbindliche Sorgfaltspflichten

Das Unglück von Rana Plaza ereignete sich vor rund vier Jahren. Ein Gebäude mit Textilfabriken in Bangladesch, in dem mehrere bekannte Markenfirmen Kleidung nähen ließen, stürzte ein. Dabei kamen mehr als 1100 Menschen ums Leben und 2500 wurden verletzt. Der Entwicklungsausschuss fordert Regeln, um sicherzustellen, dass die Kleidung und Textilien, die wir kaufen, nicht auf Kosten der Sicherheit, der Menschenrechte, der Gesundheit und der Würde der Textilarbeiter produziert werden.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist stark globalisiert und von großem Wettbewerb geprägt. Der weltweite Bekleidungshandel ist schätzungsweise 2,86 Billionen Euro wert und in ihm sind über 75 Millionen Menschen beschäftigt. Nach Angaben der Welthandelsorganisation (WTO) beträgt der Anteil Asiens an den weltweiten Bekleidungs- und Textilexporten 58,4 Prozent. Dort ist die Produktion besonders günstig. Über **70 Prozent** der Textil- und Bekleidungsimporte der EU kommen aus Asien.

Das ständige Streben nach niedrigeren Preisen und kürzeren Lieferzeiten kann jedoch zu gefährlichen und harten Bedingungen für die Textilarbeiter führen.

Die Katastrophe von Rana Plaza im April 2013 hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbedingungen in der Branche gelenkt. In der Folge sind verschiedene Initiativen für verantwortungsvolle Lieferketten und zur besseren Sorgfaltspflicht entstanden - viele davon auf nationaler Ebene oder freiwilliger Basis.

Für faire Sozial- und Arbeitsstandards

Der Entwicklungsausschuss hat am Dienstag (21.3.) einen Initiativbericht angenommen. Die Abgeordneten rufen die Kommission dazu auf, verbindliche Sorgfaltspflichten für EU-Unternehmen, die ihre Produktion in Drittstaaten outsourcen, vorzuschlagen. Dies bedeutet, dass die Unternehmen prüfen müssten, dass in ihren gesamten Lieferketten die Leitlinien der OECD sowie internationale Standards hinsichtlich der Menschenrechte und sozialen Rechte eingehalten werden.

Die Berichterstatterin Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL) aus Spanien hebt in unserem Videointerview hervor: "Wenn wir keinen rechtsverbindlichen Rahmen mit klaren Vorgaben für

die Branche schaffen, wenn wir es dem freiwilligen Engagement der Unternehmen überlassen, dann wird es niemals zu einer echten Verpflichtung zur Einhaltung der Menschen-, Arbeits- und sozialen Rechte der Arbeitskräfte kommen."

Die Abgeordneten schlagen noch weitere Maßnahmen vor, darunter zum Beispiel spezielle Kennzeichnungslabell für nachhaltig produzierte Kleidung. Das Plenum wird voraussichtlich am 26. April über den Bericht abstimmen.

Links

[Berichtsentwurf über die EU-Leitinitiative für die Bekleidungsbranche](#)

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(21.3.2017\)](#)

[Lola Sánchez Caldentey \(ES, GUE/NGL\)](#)

[EP Think Tank Briefing \(August 2014\)](#)

[Verfahrensschritte](#)



<https://www.europartv.europa.eu/en/programme/world/the-human-cost-of-fast-fashion-the-case-for-a-binding-framework>